

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 18.10.2022

Die Niederschrift der Sitzung vom 18.10.2022 findet keine Beanstandungen und gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Informationen zur Umsetzung vom Pakt für Pflege

Frau Zarling, Dezernentin für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit führt durch den Tagesordnungspunkt 4.

(Aufstellung Anlage 2 TOP 4 – Präsentation)

Fragen

Frau Freninez möchte wissen, ob der Pflegedienst Anke Reincke und die Diakonie Storkow e. V. die einzigen Einrichtungen sind, die eine Förderung im Rahmen des Paktes für Pflege Brandenburg für den Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege erhalten.

Frau Zarling antwortet, dass zwei weitere Anträge eingegangen sind, diese jedoch die Anforderungen der Förderrichtlinie nicht erfüllen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schink**, wie die zur Verfügung stehenden Fördermittel bis 2024 weiter gut verteilt werden können, erwidert **Frau Zarling**, dass dies nicht ohne weiteres möglich ist. So müssen Baugenehmigungen, Baukosten etc. durch die Antragssteller kofinanziert werden können. Die Fördermittel decken nicht alle Kosten ab. Es gab jedoch ein Interessenbekundungsverfahren, um die Möglichkeit der Fördermittel landkreisweit zu bewerben.

Herr Hamacher fragt, wie es durch den Pakt für Pflege beziehungsweise durch die Beratung gelingt, neue Pflegerinnen und Pfleger zu gewinnen und die Pflege sicherzustellen.

Frau Zarling erläutert, dass insbesondere die Pflegestützpunkte eine rein beratende Funktion haben. Die Angebote über den Pakt für Pflege sollen hauptsächlich davor, also präventiv wirken, bevor es zu einer stationären Pflege kommt.

Herr Grätsch möchte wissen, ob die Fördergelder aus dem Pakt für Pflege für Personalkosten eingesetzt werden können, um Lohndumping entgegenzuwirken. Zusätzlich merkt er an, dass die Zusammenlegung der Ausbildungen Altenpflege und Krankenpflege nicht optimal ist, da dadurch nicht automatisch mehr junge Menschen im Bereich der Pflege arbeiten möchten.

Diese Befürchtung teilen viele andere auch, antwortet **Frau Zarling**. An der Fachkräftegewinnung muss trotz der Reformierung der Pflegeausbildung weiterhin gearbeitet werden. Das bloße Steigern der Einkünfte des Personals führt unter anderem dazu, dass die Kosten für die Unterbringung zu pflegender Menschen in die Höhe gestiegen sind und somit viele Betroffene auf Sozialhilfe angewiesen sind, um die stationäre Pflege finanzieren zu können.

Zu TOP 5 Informationen aus dem Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

Für das Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration stellt die kommissarische Leiterin **Frau Haupt** aktuelle Entwicklungen vor.

(Aufstellung Anlage 3 TOP 5 – Präsentation)

Fragen

Herr Hamacher erfragt zum einen, ob es eine genaue Aufschlüsselung gibt, wie die einzelnen Unterkünfte ausgelastet sind und zum anderen, wie lange die Suche nach kurzfristigen Unterbringungen noch andauern wird.

Eine detaillierte Auflistung der jeweiligen Auslastungen gibt es und wird dem Protokoll beigelegt, antwortet **Frau Haupt**.

Frau Zarling ergänzt, dass es Möglichkeiten gibt, freie Kapazitäten zu schaffen. In den Gemeinschaftsunterkünften gibt es einen Personenkreis aus dem SGB II, der die Möglichkeit hat, sich eigenen Wohnraum zu suchen. Dieser Personenkreis wird aktuell aktiviert. Eine Schwierigkeit bei der Wohnraumsuche ist häufig allerdings der beliebte Standort Fürstenwalde/Spree, wo es schwer ist, angemessenen Wohnraum zu finden.

Frau v. Stünzner erfragt, ob etwas zur Flüchtlingsdynamik hinsichtlich der Ukraine Geflüchteten gesagt werden kann.

Frau Haupt antwortet, dass die Zentrale Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt mitteilt, dass die Zuwanderung aus der Ukraine aktuell nicht zunimmt. Es kommt vermehrt zur Zuwanderung über die Balkanroute und durch Sekundärmigration aus anderen EU- Ländern. Das Land hat für das Aufnahmesoll 2023 ungefähr 20 Prozent geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer eingerechnet.

Herr Schink möchte wissen, ob bei der Sprachkursproblematik eine Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen und Berlin möglich ist.

Frau Haupt bestätigt, dass eine Zusammenarbeit in der Vergangenheit stattgefunden hat, insbesondere wenn es um die kreisübergreifende Übernahme von Kosten ging.

Nachtrag: Hierzu regelt die Integrationskursverordnung, dass sich Teilnehmerechtigte bei jedem zugelassenen Kursträger zu einem Integrationskurs anmelden können (vgl. § 7 (1) S. 1 IntV). Demnach ist auch eine Teilnahme an einem Integrationskurs in Berlin entsprechend der jeweils verfügbaren Platzkapazitäten möglich.

Frau Heinrich erfragt, wie geduldete Menschen über die Möglichkeit eines Antrages zur Erteilung einer 18-monatigen Aufenthaltserlaubnis nach §104 c AufenthG informiert werden.

Frau Haupt und Frau Zarling berichten, dass eine aktive Ansprache meist über die Migrationssozialarbeiterinnen und -arbeiter erfolgt. Auch über das Internet werden diese Informationen öffentlich gemacht.

Zu TOP 6 Informationen zum Bürgergeld

Frau Zarling, Dezernentin für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit gibt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen des Bürgergeldes.

(Aufstellung Anlage 4 TOP 6 – Präsentation)

Fragen

Herr Schink fragt, ob Umschulungen neben den Weiterbildungen auch gefördert werden.

Dies bestätigt **Frau Zarlning**.

Herr Hamacher hat eine Nachfrage zu den Stufen der Sanktionierung. Er möchte wissen, ob laufende Sanktionen ausgesetzt werden oder diese weiterlaufen und ob durch die Digitalisierung die Antragsstellung für das Bürgergeld vereinfacht wird.

Frau Zarlning sagt, dass die digitale Antragsstellung weniger umfangreich ist. Für das Bürgergeld wird das Antragsformular der Bundesagentur für Arbeit genutzt. Bei der Antragsstellung sind eine Menge Angaben notwendig, um den Antrag bearbeiten und bewilligen zu können. Bestandskräftige Sanktionen werden umgesetzt, allerdings sanktioniert der Landkreis kaum.

Herr Grätsch konkretisiert die Frage zu den Sanktionierungen und möchte wissen, ob der Landkreis weiterhin wenig sanktionieren möchte oder ob es zu einer Änderung der Strategie aufgrund der neuen Regelungen kommt.

Frau Zarlning erklärt, dass bei der Umsetzung der Sanktionierungen abgewartet werden muss, wie die Neuerungen in der Praxis umgesetzt werden können und wie viele Pflichtverletzungen es gibt, um zu sanktionieren.

Zu TOP 7 Information zur "Absichtserklärung zur Gründung einer Jugendberufsagentur im Landkreis Oder-Spree"

Herr Kriegl und **Herr Lampert** von der Kreisverwaltung sowie **Herr Czaplinski** und **Herr Keipke** von der Agentur für Arbeit erläutern den Tagesordnungspunkt 7.

(Aufstellung Anlage 5 TOP 7 – Präsentation)

Fragen

Frau Freninez erkundigt sich, ob die Berufsberatung bereits in der 9. Klasse begonnen werden kann und wie sich die Finanzierung der Jugendberufsagentur ausgestaltet.

Darauf antwortet **Herr Czaplinski**, dass die Agentur für Arbeit bereits in der 7. und 8. Klasse beginnt, Projekte der Berufsberatung umzusetzen. Bei der Finanzierung und personellen Ausstattung bleibt es, wie es aktuell ist. Das heißt, jeder Bereich macht weiterhin seine originären Aufgaben und zusätzlich kommt es zu einer Kooperation, um junge Menschen gemeinschaftlich und direkt beraten zu können.

Frau Eichmann möchte wissen, ob eine weitere Jugendberufsagentur für den Raum Fürstenwalde und Erkner geplant ist.

Herr Kriegl erläutert, dass das Pilotprojekt in Eisenhüttenstadt startet und die Zukunft zeigen wird, wie ein Ausbau beispielsweise am Standort Fürstenwalde möglich ist.

Herr Schink merkt an, dass eine reine Vermittlung in Ausbildung zu kurz gedacht ist und eine Begleitung nach dem Beginn einer Ausbildung bzw. durch die Ausbildung hindurch wünschenswert wäre und dass die Angebote der Jugendberufsagentur dringend online möglich sein müssen.

Herr Czaplinski verweist auf das Instrument „assistierte Ausbildung“ (AsA), welches Jugendlichen während der Ausbildung Unterstützung bietet.

Herr Hamacher fragt, welche Hürden bisher bestanden, dass die einzelnen Institutionen nicht zusammenarbeiten konnten.

Herr Kriegl weist darauf hin, dass die Institutionen bereits seit Jahren zusammenarbeiten. Durch die Absichtserklärung wird die Zusammenarbeit auf ein qualitativ höheres Niveau gehoben und die drei Institutionen sind nach außen als gemeinsame Organisation sichtbar.

Frau Zarling ergänzt, dass die Jugendberufsagentur in Eisenhüttenstadt die Besonderheit hat, dass es die erste in Brandenburg ist, die eine Beteiligung durch das kommunale Jobcenter vorweist.

Frau Heinrich weist darauf hin, dass der Standort Eisenhüttenstadt für viele Jugendliche schwer zu erreichen ist und überlegt werden sollte, dass andere Standorte folgen können.

Zu TOP 8 Informationen aus der Verwaltung

Frau Zarling, Dezernentin für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit gibt einen kurzen Einblick zu aktuellen Entwicklungen in der Verwaltung.

- Für das Gesundheitsamt wurde die Stelle des Amtsarztes bzw. Amtsärztin neu ausgeschrieben. Es liegt eine Bewerbung vor.
- Im Gesundheitsamt wurde Frau Lefort als kommissarische Verwaltungsleitung eingesetzt.

gez. Rita-Sybille Heinrich
Vorsitzende des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit und
Migration

gez. Maxie Wollschläger
Schriftführerin